



FOTO: DA VINCI DESIGN GMBH

Das Forschungsprojekt der Kassenärztlichen Vereinigung (KV Berlin) „Jüdische Kollegen von 1933 bis 1945“ hat mit der Veröffentlichung der Institutionengeschichte der KV-Vorläuferin und eines Gedenkbuches mit 2.018 Biografien seinen vorläufigen Abschluss gefunden. KV-Vorsitzende Angelika Prehn konnte rund 200 Personen aus Berlin und dem Bundesgebiet bei der KV-Abschlussveranstaltung am 3. November in Berlin begrüßen. Darunter waren auch Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Jüdischen Gemeinde in Berlin sowie die beiden Autorinnen der Forschungsarbeit.

Vorläufiger Abschluss des KV-Forschungsprojekts Jüdische Ärzte 1933–1945

Den Opfern ihre Namen zurückgegeben

Die Entscheidung zur Erforschung der Rolle der KV im Nationalsozialismus fiel bereits vor acht Jahren. Das eigentliche Forschungsprojekt konnte vor vier Jahren beginnen.

„Wir haben gefragt, gefunden, gesammelt, geforscht, gedruckt und nun die Ergebnisse vorgestellt. So einfach war das!“ Roman Skoblo, der Vorsitzende des Landesverbandes jüdischer Ärzte und Psychotherapeuten, versetzte seine Zuhörer kurzzeitig in Staunen, um sie aber gleich danach wieder in die Realität zurückzuholen, denn ganz so einfach, wie sich das anhörte, war es wohl nicht. Skoblo: „Es war eine Arbeit, über deren Umfang sich niemand wirklich im Klaren war.“ Dankbar erwähnte er seinen Freund Manfred Richter-Reichhelm, den damaligen KV-Chef, mit dem er das

Projekt aus der Taufe hob. Seit dieser Zeit habe man zusammen in einer KV-Arbeitsgruppe darum gerungen, „wie man die Wahrheit über die damalige Zeit herausfinden kann, wie man sie dann darstellen kann, um schließlich auch nach einer angemessenen Form des Gedenkens an die Opfer der NS-Verbrechen zu suchen“.

Roman Skoblo erinnerte an die unzähligen Treffen dieser KV-Arbeitsgruppe zur Begleitung des Forschungsprojekts, die ein wenig auch seine Arbeitsgruppe wurde. Neben Richter-Reichhelm und seiner damaligen Stellvertreterin, Rita Kielhorn, sowie KV-Chefin Angelika Prehn wurden stellvertretend für die anderen Mitglieder auch Rebecca Schwoch, die Leiterin des Forschungsprojekts, Sahava Yarom und Ellen Har-

nisch genannt. Die Arbeitsgruppe hat in unzähligen Sitzungen all das vorbereitet und mitrealisiert, was zur Umsetzung eines Forschungsprojektes, aber auch der Begleitveranstaltungen und der Gedenkfeiern im Centrum Judaicum notwendig war. Das Projekt brauchte Akzeptanz, es brauchte Geld und es brauchte Öffentlichkeit. Skoblo fand Worte der Anerkennung und der Genugtuung über das Erreichte, aber am Ende auch des Nachdenkens darüber, was dieses Projekt über Berlin hinaus bewirkt haben könnte. Die Bilanz befriedigt ihn nicht: „Außer der Berliner Kassenzahnärztlichen Vereinigung und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, wo ab 2007 ebenfalls mit der Aufarbeitung der Institutionengeschichte begonnen wurde, sowie der KV Hamburg ist nicht viel gelaufen –



Fortsetzung von Seite 13

jedenfalls bis jetzt nicht.“ Sein Resümee: „Also ist das alles doch nicht so einfach – 64 Jahre nach Kriegsende. Wir fragen uns: Warum?“

Lücken in Familienchroniken geschlossen

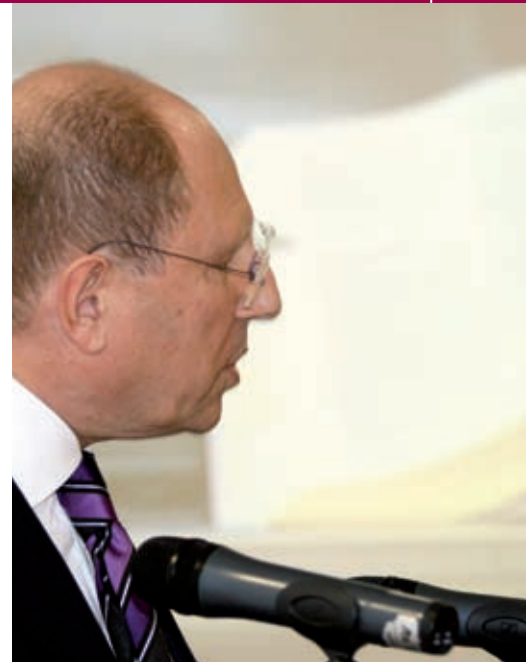
Das Berliner Forschungsprojekt, das jetzt einen vorläufigen Abschluss gefunden hat, soll weiter wirken. Roman Skoblo: „Die beiden Bücher, die wir nun vorgestellt haben, sind erschütternde Dokumente der Entwurzelung. Sie bilden zugleich aber auch die Grundlage für weitere Forschungsarbeiten und füllen die lange bestehende Lücke in Familienchroniken. In einer neuen Welt, in einer Welt der Heimat aller – überall!“

Bemerkenswert war es auch für Professor Hein-Peter Schmiedebach, Chef des Hamburger Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin (IGEM), dass dieses Forschungsprojekt sich nicht auf die finanzielle Förderung herkömmlicher Stiftungen stützen konnte und es trotzdem gelungen sei, das dafür notwendige Geld aufzubringen. Das sei für das Wissen um das Projekt und seine Verankerung in der ärztlichen Öffentlichkeit durchaus auch ein Vorteil gewesen. Schmiedebach sah in dem Projekt zugleich eine historische Grundlagenforschung, auf der nun aufgebaut werden könne.

Schwierige Quellenlage

Rebecca Schwoch vom Institut für Geschichte und Ethik der Medizin in Hamburg, die das NS-Forschungsprojekt leitete, erinnerte ihrerseits an die vielen Klippen und Probleme bei der Erschließung der Quellen. Außer dem Reichsarztregister gab es bei der KV Berlin so gut wie keine Akten mehr aus der damaligen Zeit, vieles hätte aus anderen Quellen gespeist werden müssen. Beim Zusammentragen der 2.018 Biografien war sie auch auf ein „weltweites Netzwerk“ angewiesen, das von ihr erst aufgebaut werden musste. Und: Dreieinhalb Jahre kämpfte die KV-Arbeitsgruppe um die Finanzierung der Forschungsarbeit, denen dann vier weitere Jahre der inhaltlichen Arbeit folgten.

Für manche, zu denen Schwoch bei ihren Nachforschungen und Quellenbewertungen „fast freundschaftliche“ Beziehungen aufbaute, kam das Ergebnis ihrer Recherchen zu spät – sie sind inzwischen verstorben. Stellvertretend nannte sie Ilse Jacobsohn, Emil Witon, Peter Reiche und Dr. Kurt Samuel, den viele unter den Berliner Ärztinnen und Ärzten noch gekannt haben. „Zeitzeugen“, sagte sie, „machen besonders deutlich, dass Erinnerung und Gedenken Verantwortung bedeuten, die wir übernehmen müssen.“ Nur so ließen sich „Brücken schlagen – Brücken zwi-



schen gestern und heute, Brücken zu den Verfolgten und ihren Nachkommen“.

Ihr Rückblick auf den Projektverlauf, der u. a. durch mehrere Vortragsreihen in der KV Berlin begleitet wurde (s. Chronik), ist nicht frei von Bitterkeit, beispielsweise über „beschämende Reaktionen – auch in Form von Leserbriefen im KV-Blatt, auf die es offensichtlich keine Gegen-Leserbriefe gegeben hat.“ Verschweigen, Vergessen und Verdrängen? „Dem“, so Schwoch weiter, „müssen Gedächtnis und Erinnerung entgegengesetzt werden. Von einer Kollektivschuld im justiziablen Sinne oder gar Nestbeschmutzung kann dabei keine Rede sein.“

2.018 Opferbiografien

Opfer erhalten nun zumindest ihre Namen zurück. Rebecca Schwoch: „In Berlin ist mindestens 2.018 jüdischen Kassenärzten die Zulassung entzogen





Pos. 6 r.S. Lipke

Anzeige

worden, dann sogar die Approbation.“ Jedenfalls habe man bisher 2.018 Berliner jüdische Kassenärzte eruieren können, aber es waren wohl noch mehr. Noch heute nicht korrigierbare Zahlen besagen, dass es im Jahr 1933 in Berlin 3.600 Kassenärzte gegeben habe, davon 2.000, die als jüdisch galten. Doch mancher sei in der Zeit der Naziverfolgung aus einer anderen Stadt nach Berlin gekommen, „in der Hoffnung, in dieser anonymen Großstadt könne das Schlimmste verhütet werden.“ Folglich müsse man von einer höheren Zahl ausgehen.

2.018 bekannte Biografien beinhaltet das nun vorliegende Gedenkbuch, das auf einem Pult im Foyer des KV-Gebäudes ausliegt. Es ergänzt die im vergangenen Jahr eingeweihte bewegliche Gedenktafel. Zu jedem der dort projizierten Namen kann man nun die entsprechende Biografie nachlesen: Einzelschicksale, hinter denen jeweils ein Mensch und dessen Familie stehen.

Die Geschichten dahinter sind auch ein Stück jener dunklen Geschichte der Vorläuferin der KV Berlin, die nun aufgeschrieben wurde.

KV als aktiver Bestandteil des Unterdrückungsapparates

In ihrem Vortrag nannte Schwoch erschreckende Beispiele dafür, wie sich die KV-Vorläuferin in den Unterdrückungs- und Verfolgungsmechanismus der Nazis einfügte: „Eine der einschneidendsten Aufgaben einer KV war damals bereits der Entzug der Kasenzulassung für politisch gegnerische sowie jüdische Ärzte. Früh schon, noch im Jahr 1933, wurde eine Verordnung erlassen, wonach politisch links orientierten Kassenärzten ohne Wenn und Aber die Zulassung zu entziehen war, während jüdische Kassenärzte dann noch auf eine Ausnahmegenehmigung hoffen konnten, wenn sie Frontkämpfer oder in einem Seuchenlazarett im Ersten Weltkrieg tätig waren.“ Schon ▶



Fotos: SCHLITT

Foto oben links: Roman Skoblo (Mitinitiator und Förderer des Forschungsprojektes); unten (v.l.n.r.): KV-Chefin Angelika Prehn, Prof. Schmiedebach (Institut für Geschichte der Medizin, Hamburg), Ulla Schmidt (Bundesministerin a. D.), Lala Süßkind (Jüdische Gemeinde zu Berlin), Rebecca Schwoch (Institut für Geschichte der Medizin, Hamburg, Projektleiterin)

Das Forschungsprojekt

Zielsetzung: Das 2005 gestartete Forschungsprojekt sollte die Rolle der Ärzteschaft bei der NS-Gesundheitspolitik beleuchten: Darstellung der Arbeitsweise und Aufgaben der Berliner Verwaltungsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD), Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik für den Arztregisterbezirk Berlin.

Rolle der kassenärztlichen Standesvertretung: Besonderes Augenmerk lag auf der Untersuchung der Rolle der Berliner kassenärztlichen Standesvertretung bei der Verdrängung und Vertreibung der jüdischen Kollegen aus deren Arztpraxen.

Lebenswege jüdischer Ärzte: Erforscht werden sollten auch die Lebenswege der jüdischen Ärzte. „Die Opfer sollten ihren Namen zurückerhalten und die Menschen hinter diesen Namen sollten wieder sichtbar gemacht werden.“

Schwierige Quellenlage: Es finden sich kaum alte Dokumente aus der Zeit. Lediglich die Daten aus dem Reichsarztregister fanden sich und dienten als Grundlage für das Gedenkbuch.

Zwei Bücher sind entstanden: Eines beinhaltet die Institutionengeschichte der Vorgängerin der KV Berlin (Dres. Rebecca Schwoch und Judith Hahn: „Anpassung und Ausschaltung – Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus“), das andere enthält 2.018 Lebenswege jüdischer Berliner Ärzte (Dr. Rebecca Schwoch, Hrsg.: „Berliner jüdische Kassenärzte und ihr Schicksal im Nationalsozialismus“). Ausführliche Inhaltsangaben in: KV-Blatt, 11/09, Seiten 32–34.

Die Institutionengeschichte der KVD-Landesstelle Berlin u. a.: Sichtbar wurde der institutionelle Mechanismus der Gesetzgebung und deren Ausführung durch die KV-Institution. Die engen personellen Verflechtungen zwischen ärztlichen Standesvertretern, dem NS-Herrschaftsapparat und der NSDAP wurden aufgezeigt. Das Gros der Berliner Kassenärzte duldet und akzeptierte das Vorgehen gegenüber jüdischen Kollegen und zog sogar Vorteile daraus. Dargelegt wurden auch die Schritte der Ausschaltung jüdischer Ärzte (Maßnahmen der Berliner ärztlichen Standesorganisation bis zum Entzug der Approbation jüdischer Ärzte 1938).

Quelle: Manuskript zur Pressekonferenz der KV Berlin aus Anlass der Beendigung des Forschungsprojektes am 29.10.2009 (Zusammenfassung)

Fortsetzung von Seite 15

1934 sei die Ausschaltung politisch verfolgter Ärzte bereits weitgehend abgeschlossen gewesen. Schritt für Schritt seien die Maßnahmen verschärft worden. Schwoch: „Die Entrechtung der jüdischen Ärzte gipfelte 1938 im Entzug der Approbation“. Und weiter: „Standespolitiker taten alles, um ihren jüdischen und politisch links orientierten Kollegen ein Leben in Deutschland unmöglich zu machen.“

Auch Krankenkassen machten mit

Anhand mehrerer Einzelschicksale, wie denen von Dr. Georg Steinitz (siehe Kasten: „Wie ich erfahren habe“) oder Dr. Adolf Bujakowski, schilderte die Historikerin im Detail, wie sich die KV-Vorläuferin bei der Umsetzung verhalten hatte. Sie sammelte Beweise, arbeitete mit Parteiämtern zusammen und stützte

ihre Entscheidungen sogar auf Denunziationen. Auch die Krankenkassen machten mit: „Sie indoktrinierten zum Beispiel ihre Versicherten, nicht zu jüdischen Ärzten zu gehen“, so die Historikerin. „Und wenn sich Versicherte nicht daran hielten, übernahmen die Kassen die Kosten nicht.“

Lala Süßkind, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, zeigte sich beeindruckt von der nun vorgelegten Arbeit. Wie andere sieht auch sie darin eine Möglichkeit, das Schicksal der jüdischen Ärzte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Jüdische Gemeinde hat die Forschungsarbeit zusammen mit dem Centrum Judaicum u. a. begleitet und ihre Genugtuung über die im Foyer des KV-Gebäudes errichtete bewegliche Gedenktafel zum Ausdruck gebracht.

Ulla Schmidt: Aufarbeitung muss weitergehen

Ulla Schmidt, die ehemalige Bundesgesundheitsministerin (ihr Ministerium unterstützte das Forschungsprojekt), ließ es sich nicht nehmen, auch nach dem Ausscheiden aus ihrem Ministeramt zur Abschlussveranstaltung für das KV-Forschungsprojekt zu kommen. Ihr Dank richtete sich an die Beteiligten des Projektes, vor allem aber auch an die KV Berlin, die sich selbstkritisch der eigenen Vergangenheit gestellt habe. Ihre Botschaft: „Die Aufarbeitung von Medizin und Ärzteschaft im Nationalsozialismus muss weitergehen und vertieft werden.“ Sie selbst setzte sich dafür ein, dass nun die ehemalige Reichsärzteschule in Alt-Rehse (Mecklenburg Vorpommern) zu einer Gedenk- und Begegnungsstätte wird.

Reinhold Schlitt